



**Dr. Stefan Kaufmann**

01/2016  
15.01.2016

## Brief aus Berlin



### Liebe Leserinnen und Leser,

die Ereignisse des Silvesterabends haben den Beginn des Neuen Jahrs stark geprägt. Wer hätte Vorkommnisse wie in Köln – aber auch in Stuttgart und anderen Städten – in der stattgefundenen Form für möglich gehalten? Darauf braucht es eine klare, entschiedene und unmissverständliche Antwort! Hier ist die Union wie keine andere Partei in unserem Land gefordert. Die Menschen im Land setzen darauf, dass wir uns für Zusammenhalt und für Sicherheit einsetzen. Dem müssen und dem werden wir Rechnung tragen. Gleichzeitig sollten wir uns auch nicht zu sehr verunsichern lassen. In der Flüchtlingsfrage erleben wir kein Staatsversagen. Das habe ich beim Neujahrsempfang der CDU-Gemeinderatsfraktion und der CDU Stuttgart am Mittwochabend im Rathaus deutlich gemacht. Die Menschen im Land und die staatlichen Institutionen haben im vergangenen Jahr gezeigt, zu was wir in der Lage sind. Nun geht es im Neuen Jahr darum, eine Überforderung zu vermeiden. Die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge muss spürbar sinken. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und jene, die bei uns bleiben werden, müssen unsere Werte- und Rechtsordnung akzeptieren – oder Deutschland wieder verlassen. Und dazu kommt in Baden-Württemberg und in Stuttgart eine weitere große Herausforderung: am 13. März wird ein neuer Landtag gewählt. Grün-Rot hat sich in den vergangenen fünf Jahren verschlissen. Verkehr, Bildung, Wirtschaft: wohin man blickt – das Land bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. In der Flüchtlingsfrage agiert die Landesregierung etwa beim Thema Abschiebungen viel zu zögerlich. 2016 bedeutet für uns alle große Herausforderungen, aber auch große Chancen. Ich wünsche Ihnen, dass Sie erstgenannte bewältigen und letztgenannte nutzen! Ihnen persönlich alles Gute für das Neue Jahr!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik – eine Standortbestimmung

**Stuttgart/Berlin** – Die Flüchtlingsfrage hat das vergangene Jahr wie kein anderes politische Thema bestimmt. Die erschreckenden Vorkommnisse in der Silvesternacht und am Neujahrsmorgen in Köln, aber auch bei uns in Stuttgart und in anderen Städten, bedeuten eine Zeitenwende. So hat es Guido Wolf, unser Spitzenkandidat für die Landtagswahl

Die „Mainzer Erklärung“ der CDU Deutschlands: <http://bit.ly/1PcOzLE>

am 13. März, treffend charakterisiert. Wenn das Vertrauen in unsere Rechts- und Werteordnung, in unseren Rechtsstaat und seine Institutionen, erschüttert wird, stehen wir in der Tat vor einer Zeitenwende. Dem müssen wir entschieden entgegenreten! Ich bin deshalb dankbar dafür, dass wir uns rasch mit unserem Koalitionspartner auf Verschärfungen im Ausweisungs- und Sexualstrafrecht verständigen konnten. Die Vorschläge der Innen- und Justizressorts vom 12. Januar zur erleichterten Ausweisung von Straftätern und konsequenteren Bestrafung sexueller Übergriffe sind notwendig. Sie müssen nun rasch in Gesetzesform gegossen und beschlossen werden. Mit dem Flüchtlingsausweis, den wir in dieser Woche auf den Weg gebracht haben, bekommen wir mehr Struktur und eine bessere Übersicht. Auch dass die Zahl der Entscheidungen des Bundesamts für Migration

auf über 2.000 pro Tag gestiegen ist, ist ein gutes Zeichen. Es geht bei der Umsetzung voran. Aber wir müssen noch besser werden. Die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge muss weiter spürbar

sinken – nicht nur witterungsbedingt. Außerdem müssen auch die Bundesländer ihren Teil beitragen, das Vertrauen der Bürger in unsere Institutionen wiederherzustellen. Dazu gehört, wenn wir nach Köln blicken, die lückenlose Aufklärung der Vorfälle an Silvester. Dass der dortige SPD-

Innenminister pauschal alle Polizeibeamten kritisiert, die an diesem Abend für uns ihren Kopf hingehalten haben, dürfen wir nicht durchgehen lassen. Hier muss der nordrhein-westfälische Landtag

die politische Verantwortung vom zuständigen Minister einfordern! Klar ist: die Pressestelle und

die Polizeiführung in Köln haben versagt, indem sie tagelang über das Ausmaß der Vorkommnisse und die Täter geschwiegen haben beziehungsweise zunächst von einer weitgehend friedlichen Silvesternacht sprachen. In der Flüchtlingsfrage gilt es

Die „Titiseer Erklärung“ der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: <http://bit.ly/1Wa6pVe>

Erklärung des Bundesvorstands und der Titiseer Erklärung unserer baden-württembergischen Landtagsfraktion dargestellt, wie wir die Flüchtlingsfrage und die Verteidigung unserer Rechts- und Werteordnung konkret gestalten wollen. Dies unterscheidet uns von anderen politischen Mitbewerbern, die sich auf bloße Stimmungsmache und das Schüren von Ressentiments beschränken. Die CDU ist die Partei in Deutschland, die wie keine zweite für Sicherheit und Zusammenhalt steht. Dies muss uns Verpflichtung und Ansporn zugleich sein!

Konkret müssen wir die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll schützen und national vor allem auch klar machen, was wir von Menschen, die uns zu kommen, erwarten. Von einer europäischen Lösung in Sachen Schutz der Außengrenzen und besserer Verteilung der Flüchtlinge hängt viel ab. Ohne Lösungen werden wir das Europa der

offenen Grenzen nicht länger aufrechterhalten können – und als ultima ratio auch über Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen nachdenken müssen. Bei aller Hitze, mit der die Flüchtlingsfrage mitunter debattiert wird, ist mir eines wichtig: wir erleben in Deutschland derzeit kein

Staatsversagen! Im Gegenteil: unsere Institutionen und ganz besonders unsere Gesellschaft haben im vergangenen Jahr gezeigt, welche Kraft in uns steckt! Darauf können wir stolz sein. [...]

### Für mehr Sicherheit in Deutschland

- Mehr Videoüberwachung
- Kriminelle Asylsuchende und Flüchtlinge schneller abschieben
- Höhere Strafen und neuer Straftatbestand für Angriffe auf Sicherheitskräfte
- Strafe für Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen

**Wir sind die Partei der inneren Sicherheit!**



in gemeinsamer europäischer Solidarität einerseits und enger Zusammenarbeit mit den Herkunft- und Transitländern andererseits zu Lösungen zu kommen. Die Union hat in der Mainzer

## Brief aus Berlin

[...] Was wir allerdings derzeit erleben ist – und dies schmerzt mich als überzeugten Europäer sehr – ein Versagen Europas. Unser Spitzenkandidat Guido Wolf hat jüngst mit Blick auf die Flüchtlingspolitik und die mangelnde europäische Solidarität in dieser Frage zu Recht davon gesprochen, dass er „in mancher europäischen Entwicklung

auch ein enttäuschter Europäer“ ist, wenn er sieht, „wie manche sich wegduckten“. Zudem bin ich auch davon überzeugt, dass wir uns als Union mit Nachdruck für ein Einwanderungsgesetz einsetzen sollten. Damit schaffen wir einerseits eine legale Möglichkeit für Zuwanderung in unser Land, die wir nicht zuletzt aus demografi-

schon Gründen wollen (sollten). Andererseits gibt uns ein Einwanderungsgesetz die Möglichkeit, konkret zu formulieren, wen wir gerne einladen möchten, Teil unserer Gesellschaft zu sein. Ein Punktesystem wie zum Beispiel in Kanada wäre ein Modell, das uns ein gutes Vorbild sein könnte. Schließlich gilt es, unseren Rechtsstaat mit Nach-

druck zu stärken – auf Bundes- wie auf Landesebene. Im Bund haben wir zum Beispiel mit der Aufstockung der Bundespolizei einen ersten richtigen Schritt unternommen. Auf Ebene der Länder, zu deren Hausgut das Polizeiwesen zählt, gibt es noch einiges zu tun. Hier braucht es mehr CDU! Dafür gilt es in diesem Jahr besonders zu streiten!

### Übergriffe von Köln fraktionsübergreifend verurteilt

**Berlin** – In einer Debatte am Mittwochnachmittag, 13. Januar, haben Vertreter aller Bundestagsfraktionen die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht und am Neujahrsmorgen in aller Schärfe verurteilt. Zugleich wandten sich Vertreter aller Fraktionen nachdrücklich gegen eine Stimmungsmache gegenüber Flüchtlingen in Folge dieser Vorkommnisse. Die Vertreter der Regierungskoalition bekräftigten die Pläne zur Verschärfung des Ausweisungs- und Sexualstrafrechts. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, mein Fraktionskollege Dr. Ole Schröder, äußerte mit Blick auf die Ereignis-

se, Politik und Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern „müssen und werden gemeinsam alles dafür tun, dass sich so etwas in unserem Land nicht mehr wiederholt“. Mit Verweis auf die große Mehrheit der Flüchtlinge, „die sich anständig verhalten“, dürfe niemand „die furchtbaren Straftaten mit Hass und Rassismus beantworten“, fügte er hinzu. Zudem bekräftigte er die Verständigung zwischen dem Bundesinnenminister und dem Bundesjustizminister als Konsequenz aus den Übergriffen in der Silvesternacht. Demnach sollen kriminelle Ausländer schneller ausgewiesen werden können und der Schutz vor sexuellen Übergriffen

verbessert werden. Asylsuchenden, die eine Straftat begehen, soll zudem der Flüchtlingsstatus verwehrt oder aberkannt werden können. Mit Blick auf die sexuellen Übergriffe auf Frauen betonte Bundesjustizminister Heiko Maas, dass diese weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen seien. Ein „möglicher kultureller Hintergrund“ entschuldige nichts und sei „nicht einmal als Erklärung akzeptabel“. Die geplanten Gesetzesverschärfungen im Ausweisungs- und Sexualstrafrecht seien angemessen und notwendig. Der Landesvorsitzen-

de der CDU Baden-Württemberg und stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Thomas Strobl unterstrich in der Aussprache, dass die in Deutschland geltenden Regeln und Gesetze von allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft einzuhalten seien. Dies müsse aber auch konsequent durchgesetzt werden. Rechtsfreie Räume dürfe es nicht geben. Er verwies auf die zusätzlichen 3.000 Stellen für die Bundespolizei im aktuellen Bundeshaushalt. Diese dürften „auch ein Vorbild für die Landespolizeien sein“.

Hier der gemeinsame Vorschlag von Bundesinnenminister und Bundesjustizminister: <http://bit.ly/1N93Tr5>

### Selbstmordanschlag in Istanbul – Aktuelle Stunde im Bundestag

**Berlin** – In einer Aktuellen Stunde haben wir am Mittwoch, 13. Januar, fraktionsübergreifend den Terroranschlag in Istanbul vom Dienstagmorgen verurteilt und den Angehörigen der elf Opfer, unter ihnen auch zehn unserer Landsleute, unser Mitgefühl ausgesprochen.

Bereits am Dienstagnachmittag hatten wir in der Unionsfraktion in einer Schweigeminute zu Beginn unserer Sitzung der Opfer dieses feigen und verabscheuungswürdigen Terrorakts gedacht. Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier sagte: „Wir sind vereint

mit den Angehörigen in der Trauer um die Opfer, vereint auch in Wut und Abscheu gegenüber dieser heimtückischen Tat.“ Unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender und früherer Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung betonte, Deutschland werde sich

„von diesem menschenverachtenden Terror nicht einschüchtern lassen“ und sich weiter an der internationalen Koalition zur Bekämpfung der Terrormiliz „Islamischer Staat“ beteiligen. Deutschland stehe fest an der Seite seiner internationalen Partner.

### Neujahrsempfang der CDU Gemeinderatsfraktion mit Guido Wolf



**Stuttgart** – Kämpferisch ging es zu auf dem diesjährigen Neujahrsempfang der CDU-Gemeinderatsfraktion und des Kreisverbands. In einer überzeugenden Rede betonte Spitzenkandidat Guido Wolf nach den Vorfällen in der Silvesternacht die Notwendigkeit,

dass sich Zuwanderer zwingend an unsere Rechts- und Wertordnung zu halten haben. Wer hier Schutz suche und dann andere verfolge wie in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten, habe sein Gastrecht verwirkt. Eine konsequente Rückführung ins Herkunftsland

sei dann notwendig. Auch ich selbst habe klar gemacht, dass die Kapazitäten für eine gelingende Integration erschöpft sind. Der Bund muss die Kommunen stärker entlasten, die Überschüsse aus dem Jahr 2015 von 12 Milliarden Euro müssen weitergegeben werden. [...]

## Brief aus Berlin



Zusammen mit Spitzenkandidat Guido Wolf (3.v.r.) und den Stuttgarter Landtagskandidaten Dr. Reinhard Löffler, Roland Schmid, Stefanie Schorn, Dr. Donat Klun-  
ken-Pyta sowie Fraktionschef Alexander Kotz (von links)

[...] Wenn wir in Europa nicht schnell zu einer faireren Verteilung und zu einem effektiven Schutz der Außengrenzen kommen, können Grenzschießungen als letztes Mittel nicht mehr ausgeschlossen werden. Fraktionschef Alexander Kotz hatte zuvor auf die erfolgreichen Haushaltsberatungen zurück-

geblickt, bei der sich die CDU dank der Übereinkunft mit den Grünen in vielen Punkten durchsetzen konnte. In den nächsten Wochen kämpfen wir alle gemeinsam für ein möglichst gutes Ergebnis in Stadt und Land am 13. März – und einen Sieg unserer vier Stuttgarter Kandidatinnen und Kandidaten!

### Inthronisierung des Stuttgarter Stadtprinzenpaares



Zusammen mit dem frisch gekrönten Stadtprinzenpaar © Thomas Geromiller

**Stuttgart** – Auch bei den Stuttgarter Karnevalsgesellschaften ändern sich die Zeiten: bei der Gesellschaft Möbelwagen Stuttgart ist nun eine Badenerin Teil des am 6. Januar im Rathaus inthroni-

sierten Stuttgarter Stadtprinzenpaares. An der Seite von Prinz Hagen I. macht Janine I. den Karneval nach eigener Aussage „noch bunter“. Das gefällt mir sehr gut! Ich freue mich auf die Faschingszeit!

### Industrie 4.0 bringt Vorteile mit sich

Bei der Vernetzung von virtuell-digitalen und physischen Welten (Industrie 4.0) überwiegen die Vorteile bei der Folgenabschätzung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt deutlich. Positive Effekte werden bei dem Konsum der privaten Haushalte festzustellen sein, die durch steigende Bedarfe und erhöhte Arbeitnehmerentgeltzahlungen ausgelöst werden. Bis 2025 werden sich die Gewinne des Verarbeitenden Gewerbes und der Landwirtschaft um 12,5 Milliarden Euro erhöhen. Die darauffolgenden Jahre könnten weitere Gewinnsteigerungen mit sich bringen, denn der Umbau der Industrie wird dann abgeschlossen sein, jedoch werden die Nachfragewerte konstant bleiben. Trotz zunehmender Wertschöpfung und damit einhergehender Steigerung volkswirtschaftlicher Gewinne und Löhne werden circa 60.000 Personen weniger erwerbstätig sein. Dieses Ergebnis ist dennoch mit Unsicherheiten behaftet und wird keine nachhaltige Wirkung für den Arbeitsmarkt zeigen. Signifikant ist die Umschichtung von Arbeitsplätzen: 490.000 Arbeitsplätze gehen verloren, während 430.000 neue Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungssektor entstehen werden. Letztlich wird es einen massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen ebenso wenig geben wie einen deutlichen Aufschwung der Jobzahlen. **Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung**

### Neujahrsempfang des Wohlfahrtswerks

**Stuttgart** – Im Rahmen des Neujahrsempfangs des Wohlfahrtswerks Baden-Württemberg im Stuttgarter Ludwigsstift wurde auch eine neue App zur Demenzerfassung und -behandlung vorgestellt: NeuroCare. Ich freue mich sehr, dass dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte, sehr gelungene Projekt, in Stuttgart angewendet wird. Auf dem Foto teste ich die App zusammen mit Ingrid Hastedt, der Vorstandsvorsitzenden des Wohlfahrtswerks.



Besuchen Sie mich auf Facebook!

Unter [www.facebook.com/StefanKaufmannMdB](https://www.facebook.com/StefanKaufmannMdB) finden Sie mich auf Facebook. Ich freue mich über diese direkte Form des Dialoges und über viele neue Kontakte – auch auf den Social-Media-Plattformen.



Folgen Sie mir auf twitter!

Auf twitter finden Sie mich unter: [www.twitter.com/StefanKaufmann](https://www.twitter.com/StefanKaufmann)